

US-MEDIEN

„Epidemie der Feigheit“



John MacArthur, 48, Herausgeber des US-Magazins „Harper's“, zur Debatte um einen zurückgezogenen „Newsweek“-Bericht und die Folgen für die amerikanischen Medien

SPIEGEL: Die „New York Times“ saß Fälschern auf. Die TV-Ikone Dan Rather musste gehen. Jetzt zieht „Newsweek“ eine Meldung über angebliche Koranschändungen in Guantanamo zurück, nachdem es wegen der Nachricht in Afghanistan bei Unruhen 17 Tote gab und die Quelle offenbar einen Rückzieher machte. Was ist los mit den US-Medien?

MacArthur: Es gibt ein Klima der Angst, wie ich es noch nie erlebt habe, und eine Epidemie der Feigheit bei den großen Medienkonzernen.

SPIEGEL: Wollen Sie sagen, „Newsweek“ hätte trotz Zweifeln an der Quellenlage die Geschichte verteidigen sollen?

MacArthur: Ich bin sicher, dass wir noch nicht alles wissen. Es gab massiven Druck aus der Regierung und aus dem Pentagon, sowohl intern auf die zitierte Regierungsquelle als auch öffentlich auf das Magazin. Dort ist man eingeknickt – wie zuvor CBS im Fall von Rather. Aktuell redet in den USA niemand über den erwiesenen Gefangenennissbrauch. Alle debattieren über vermeintliche Fehler der Medien.

SPIEGEL: Die Kritik kommt aber nicht nur aus der Politik, sondern auch von anderen Medien, die „Newsweek“ eine antimilitärische Haltung vorwerfen.

MacArthur: Daran können Sie erkennen, wie sehr sich die Bush-Regierung mit ihrer Forderung nach Kollaboration der Mainstream-Medien schon durchgesetzt hat. Inhaltlich ist diese Aussage totaler Unsinn. „Newsweek“ gehört zur Washington-Post-Gruppe. Die war ganz eindeutig für den Krieg gegen den Irak und für eine Invasion. Jetzt hat das Weiße Haus „Newsweek“ öffentlich aufgerufen, den Schaden wiedergutzumachen, durch nette Artikel zum US-Militär. Das ist wirklich ohne Beispiel.

SPIEGEL: Welche Konsequenzen wird der „Newsweek“-Rückzieher für die US-Medienlandschaft haben?

MacArthur: Es wird für jeden Journalisten noch schwieriger, mit kritischen und sensiblen Geschichten im Blatt zu landen. So traurig es ist: Insofern hatte die Regierung mit ihren Einschüchterungsversuchen schon Erfolg.

MEDIENPOLITIK

„Großes Erwachen“

Für gehörigen Wirbel in den Chefetagen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sorgt der Vorstoß der Bundesregierung, künftig per Gesetz für mehr Transparenz bei Managergehältern zu sorgen. Eine entsprechende Vorlage hatte Justizministerin Brigitte Zypries am Mittwoch vorgestellt, Wirtschaftsminister Wolfgang Clement legte nach: Er erwarte, dass bundeseigene Unternehmen mit gutem Beispiel vorangingen und Vorstandsbezüge freiwillig veröffentlichten. Bei ARD und ZDF fürchtet man nun, dass das, was für Aktionäre gelten soll, bei Gehührensachzählern erst recht Begehrlichkeiten nach mehr Transparenz auslöst. Völlig zu Recht, findet Hans-Joachim Otto, medienpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und schon wegen seiner Parteizugehörigkeit nicht unbedingt ein Befürworter gesetzlicher Offenlegungsverpflichtungen. „Wenn die Regierung das von der privaten Wirtschaft verlangt, muss das selbstverständlich und erst recht auch für die öffentlich-rechtlichen Anstalten gelten“, so Otto, der dort aber aufgrund der Höhe der Bezüge von Intendanten



THOMAS SEIGER

Gruber, Schächter

wie Markus Schächter (ZDF) und des ARD-Vorsitzenden Thomas Gruber „mit massivem Widerstand“ rechnet. „In der Öffentlichkeit gäbe das ein großes Erwachen“, so Otto, der eine freiwillige Selbstverpflichtung einer staatsvertraglichen Lösung vorzöge: „Die Intendanten haben es in der Hand, selbst für klare Verhältnisse zu sorgen.“ ZDF-Fernsehratschef Ruprecht Polenz findet die Entwicklung zwar „nicht begrüßenswert“, ist aber sicher, dass sich ARD und ZDF der Debatte nicht entziehen können: „Ich rechne fest damit, dass wir dort in absehbarer Zeit dieselbe Form der Transparenz bekommen.“

KAMPAGNEN

„Hürriyet“ bietet „Wutkontrolle“

Erstaunlich friedliebend präsentiert sich dieser Tage die „Hürriyet“. Die Deutschland-Ausgabe der türkischen Tageszeitung startet an diesem Sonntag die Aktion „Gegen häusliche Gewalt!“. Das konservative Boulevardblatt war zuletzt durch seine Hetze gegen türkischstämmige



„Hürriyet“

ge Frauenrechtlerinnen aufgefallen. Der Berliner Anwältin Seyran Ates, die sich gegen Zwangsehen engagiert, warf „Hürriyet“ im März vor, türkische Männer pauschal als Sklavenhalter darzustellen. „Diese Anwältin ist irre geworden“, urteilte das Blatt. Nun will „Hürriyet“ selbst gegen Gewalt in der Familie aktiv werden: In Info-Bussen sollen Psychologen durch Deutschland ziehen, „Begriffe wie guter oder starker Ehemann“ hinterfragen und „Methoden zur Wutkontrolle“ erarbeiten. Die Aktion geht auf eine Initiative der türkischen Verlegerfamilie Dogan („Hürriyet“, „Milliyet“) zurück, die in der Türkei einen europafreundlichen Kurs verfolgt. Nun soll wohl auch der deutsche Ableger liberalere Töne anschlagen. Vize-Chefredakteur Ayhan Can relativiert: „Gewalt in der Familie ist nicht nur ein Problem der Türken. Das gibt es in jeder Kultur, in jedem Land.“